

Es gilt das gesprochene Wort

Jürgen Hinzer

1. Mai 2016 in Bad Kreuznach

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor etwa 100 Jahren sah die Arbeitswelt in diesem Land wesentlich anders aus: das Betriebsrätegesetz wurde am 4. Februar 1920 durch den Reichstag jongliert, nachdem sich viele Beschäftigte mehr als ein Jahr – auch unter Einsatz ihres Lebens – dagegen gewehrt hatten. Und am 13. März 1920 begann ein Generalstreik gegen die Kapp-Putschisten und ihren Rückwärtskurs, an dem sich Millionen Beschäftigte beteiligten. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, an einem Tag wie heute darauf hinzuweisen, dass die abhängig Arbeitenden damals bereit waren, ihre Errungenschaften aktiv, ja sogar mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Heute sieht das anders aus. Manchmal kann sich der Eindruck erhärten, hierzulande sei derzeit überhaupt nichts zu bewegen. Da werden Personal- und Sozialabbau am laufenden Band umgesetzt – und nichts wirklich Nennenswertes passiert. Da greifen die Unternehmer die bestehenden Tarifverträge frontal an – und viele Betriebsräte ducken sich weg oder akzeptieren die Verschlechterungen.

Wenn es nicht gelingt, diesen Prozess zu stoppen und nachhaltig umzukehren, dann besteht die akute Gefahr, dass unsere Kinder und Enkel von den heute noch existierenden vielen tariflichen und sozialen Rechten nur noch träumen können, dass das Ergebnis des Roll-back des Kapitals uns auf einen Stand zurückdrängen wird, wie er im Kaiserreich üblich war: Tarifverträge gelten nur für jene, die sich daran halten wollen; Betriebsräte besitzen nur bera-

tende Funktion, weil jedes noch so geringe Mitbestimmungsrecht beseitigt wurde; Beschäftigte müssen ihre konkreten betrieblichen Arbeitsbedingungen selbst aushandeln und sehen sich dabei zur Unterwürfigkeit gezwungen; Gewerkschaften können Interessenvertretung, Organisation und Schutz nur auf niedrigstem Niveau realisieren, sie beginnen wieder dort, wo sie vor 150 Jahren standen.

Wer eine solche Entwicklung nicht will und verhindern möchte, der muss in den Betrieben und in den Gewerkschaften für die Veränderung kämpfen, muss gesellschaftliche Bündnisse schmieden, um die eigene Kraft zu verstärken, muss dafür sorgen, dass sich die Menschen mehr und mehr ihrer Lage bewusst werden, um sie dadurch zum persönlichen Engagement zu motivieren. Dazu gibt es keine Alternative, wie das internationale Lied schon sagt: Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.

Hierfür gibt es bereits gute Beispiele, durch die betroffene Beschäftigte zeigen, dass sie nicht mehr alles mit sich machen lassen, dass sie bereit sind, ihre Rechte und Tarifverträge zu verteidigen, dass sie aber auch fähig sind, andere Beschäftigte in diese Auseinandersetzungen einzubeziehen.

Ein Beispiel ist der seit fast drei Jahren beim Weltkonzern Amazon geführte Tarifikampf. Bis auf einen Standort in Deutschland beteiligen sich alle Standorte und sie werden den Kampf erst aufgeben, wenn sie ihren Tarifvertrag haben. Dies bringt ihnen die Hochachtung der Europäischen Gewerkschaften ein. Ich war im letzten Jahr Gast auf einer internationalen Konferenz der CGT in Paris und berichtete dort über den Kampf bei Amazon in Deutschland. Die Kolleginnen und Kollegen erklärten mir, einen solchen Kampf bekämen sie in ihren Ländern bei Amazon nicht hin. Es waren bei dieser Konferenz Die Kolleginnen und Kollegen

aus Kuba, Vietnam, Portugal, Spanien und noch vielen anderen Ländern anwesend. Sie beauftragten mich, ein von allen anwesenden unterzeichnetes Solidaritätsschreiben nach Deutschland zu überbringen. Beim Streik im letzten Jahr bei Amazon in Bad Hersfeld durfte ich dieses Schreiben den Streikenden vorlesen. Ihr hätte die strahlenden Augen der Amazon-Kollegen sehen sollen als ich das Schreiben vorlas. Mit ihrem Streik bei Amazon für eine Tarifbindung sind die Kolleginnen und Kollegen zum Vorbild in Deutschland geworden und geben vielen anderen Mut, es ihnen nach zu tun.

Immer mehr Arbeitgeber verlassen die Tarifbindung durch Austritt aus dem Arbeitgeberverband. Ich war von 2008 bis 2013 Bundesstreikbeauftragter der Gewerkschaft NGG und habe 164 Streiks für meine Gewerkschaft in Deutschland organisiert. Das waren oft keine Großbetriebe mit einer langen politischen Tradition. Sicher, sie hatten schon in der Vergangenheit einige Kämpfe bestritten, gehörten nicht zu denen, die alles mit sich machen lassen. Aber bei einem Warnstreik oder einem Streik kann kein Kollege und keine Kollegin in der Anonymität der Masse verschwinden, sondern muss sich gegenüber dem Unternehmer persönlich ins „Rampenlicht“ der Aktion stellen.

So geschah es in der Vergangenheit bei Eckes in Nieder-Olm, bei Asbach in Rüdesheim und bei Gate Gourmet in Düsseldorf, wo wir ein halbes Jahr streiken mussten und den Kampf gewannen.

2006 versuchte auch der Weltkonzern Coca-Cola, sich der Tarifbindung zu entziehen. Während die Konzernleitung darauf setzte, dass die Solidarität zwischen den Belegschaften teils weit auseinander liegender Betriebe kaum zu entwickeln sein würde, hat die NGG 2006 alle Standorte gezielt in einer Tarifrunde zusammengeführt. In mehr als 60 Betrieben wurde damals gestreikt oder jegliche Überstunden boykottiert, um Kampffestschlossenheit zur Vertei-

digung der Tarifverträge zu demonstrieren. Die Wirkung war verblüffend: Coca-Cola scheute eine Zuspitzung des Kampfes und akzeptierte die weitere ungeschmälerte Tarifbindung. Doch damit war der Kampf natürlich nicht zu Ende, sondern nur eine Etappe. Im letzten Jahr galt unsere Solidarität den seit zwei Jahren Streikenden Die Kolleginnen und Kollegen von Coca Cola Thessaloniki. Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierte die NGG in Athen eine europaweite Solidaritätsveranstaltung für unsere Kollegen in Griechenland.

Ich habe in den 50 Jahren meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft immer versucht, dass die Internationale Arbeit in den Betrieben sich niederschlägt. Dies ist nicht einfach, aber wenn die Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben nicht gewonnen werden, gibt es national wie international keinen Fortschritt.

Wer wäre zu Streiks oder Kundgebungen gekommen, wenn diese lediglich von „außen“ organisiert worden wären? Ohne Bewegung in den Betrieben wird es keine Bewegung zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Tarifverträgen geben. Aber ohne eine mobilisierende und organisierende Politik der Gewerkschaften werden die Beschäftigten sich nicht für ihre Rechte einsetzen, sondern das Feld kampflos räumen.

Dabei ist natürlich wichtig, dass damit nicht erst begonnen wird, wenn die Schließung eines Betriebes, der Abbau von Personal oder die Tariffucht bereits akut auf der Tagesordnung stehen. Dann bleibt in aller Regel natürlich nur noch, die Beschäftigten für einen mehr oder weniger konsequenten Abwehrkampf zu motivieren. Keine Frage, das ist heute schwer genug. Aber vorausschauende und zielgerichtete Gewerkschaftsarbeit setzt wesentlich früher an und qualifiziert die Beschäftigten nicht erst in der Krise, sondern in noch relativ ruhigen Zeiten für die in diesem kapitalistischen System zwangsläufig kommenden Auseinandersetzungen.

zungen. Diese Aufgabe wird häufig stark vernachlässigt oder sogar völlig außer Acht gelassen. Manche meinen sogar, sie sei überflüssig geworden, weil das Aushandeln eines Sozialplanes keine „engagierten“ Beschäftigten bräuchte.

Das Gegenteil ist richtig: Aktive und politisch handelnde Belegschaften werden immer die größten Chancen bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze und Tarifverträge haben. Selbst wenn nichts anderes mehr geht als ein Sozialplan, so hängt dessen Ausgestaltung ganz entscheidend davon ab, ob die betroffene Belegschaft bereit ist, dafür auf die „Barrikaden“ zu gehen oder ihn als „Krümel vom Tisch des Herrn“ hinzunehmen. (Beispiel: Nestle Mainz)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst es mich offen ansprechen: auch im DGB Bad Kreuznach wie in allen DGB Kreisen in Deutschland gibt es immer noch viele Betriebe, die keinen BR haben. Nach dem Gesetz muss ab 5 Beschäftigten ein BR gewählt werden. Aber viele K. u. K. haben Angst, wenn sie einen BR wollen, entlassen zu werden. Das habe ich oft erlebt. Gerade in kleineren Betrieben denken die Unternehmer, wenn die Gewerkschaft BR Wahlen einleitet, kommt der Sozialismus.

Betriebsratswahlen bieten aber eine günstige Gelegenheit, die Beschäftigten zu politisieren und in gewerkschaftliche Fragen im Betrieb einzubeziehen. Wenn es bei 50.000 Beschäftigten von McDonald's in 1200 Betrieben nur etwa 70 Betriebe mit Betriebsräten gibt, dann zeigt das überdeutlich, wie groß die Herausforderung der Gewerkschaften bei Wahlen ist.

Seit dem 1.1. 2015 kommen tarifgebundene Arbeitgeber auf die Idee, nur noch den Mindestlohn zu zahlen, obwohl der Branchenlohn darüberliegt. Diskussionen, die es früher so nicht gab. Wurden Leistungen erstritten, war an dieser Front meist 20 Jahre lang Ruhe. Jetzt kommen bestimmte

Arbeitgeberforderungen sogar alle paar Monate wieder. Immer wieder wird Erreichtes in Frage gestellt. Daher ist es umso wichtiger, dass die Gewerkschaften einen hohen Organisationsgrad erreichen und ihre Streikfähigkeit unter Beweis stellen können.

Nötig ist dies auch zur Abwehr von Forderungen, die seit der Weimarer Republik kein Thema mehr waren. So versuchten Arbeitgeber derzeit, die Höchstarbeitszeit von zehn Stunden am Tag zu kippen. Sie wollen 12 Stunden-Tage wieder im Gesetz verankert sehen oder die Begrenzung ganz abschaffen. Das Thema kommt durch die neue Aufzeichnungspflicht bei den Mindestlöhnen auf: Jetzt merken die Arbeitgeber, wie lange ihre Leute wirklich arbeiten. Oft sind es mehr als zehn Stunden täglich. Er kämpftes ist immer wieder gefährdet. So auch bei der Ausweitung der Arbeit auf Sonntage. Auch in Bad Kreuznach darf an vier Sonntagen im Jahr gearbeitet werden. Für den Erhalt des Sonntagsschutzes hat sich am 15. Juli 2015 ein Bündnis aus Kirchen und Gewerkschaften gebildet und ist auch in Bad Kreuznach aktiv. Das ist gut so. Wir wollen keine Verhältnisse haben, wie ich es in New York erlebte, wo die Geschäfte rund um die Uhr an 365 Tagen geöffnet sind. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat für Sonntag, den 10. April, den Einzelhändlern in Frankfurt die Öffnung der Geschäfte verboten. Jetzt ziehen immer mehr Städte in Hessen die bereits erteilte Genehmigung für die Sonntagsöffnung zurück.

Beim Verkauf von Firmen erleben wir immer häufiger das, was in Bad Kreuznach stattfand, als Real geschlossen wurde. Kaufland, der Käufer, ließ 3/4 Jahr lang Umbauarbeiten durchführen und von den ehemals 120 bei Real Beschäftigten wurde nur einer übernommen.

Den Angriff auf die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten gibt es auch mittlerweile in großen Betrieben, die sehr gut organisiert sind. Ich las in einem Artikel von Otto König,

der lange Jahre Mitglied im Hauptvorstand der IG Metall war, über die Vorgänge bei der Meyerwerft in Papenburg. Der Firmensitz wurde nach Luxemburg verlegt und somit galt nicht mehr die Deutsche Mitbestimmung. Anschließend stellte die Geschäftsleitung den Antrag, den BR Vorsitzenden Ibrahim Ergin fristlos zu entlassen. In den Jahren 2011 und 2012 soll er Auszubildende zur Unterschrift für die Aufnahme in die IG Metall genötigt haben. Einstimmig lehnte der BR den Antrag ab, ebenso das Arbeitsgericht Lingen. Doch die Geschäftsleitung will durch alle Instanzen gehen. Unsere Solidarität gilt hier und heute dem Kollegen Ergin.

Kolleginnen und Kollegen, am 1. Mai 2015 hätten wir nicht gedacht, dass die Flüchtlingsfrage uns heute so stark beschäftigt. Zurzeit ist auf dem deutschen Arbeitsmarkt noch nichts davon zu merken. Wir gehen davon aus, dass viele Zuwanderer in den Bereichen der An- und Ungelernten beschäftigt werden. Das wichtigste ist die Qualifizierung. Das ist leider der Teil der Arbeitsmarktpolitik, der in den letzten Jahren durch die Kürzungen im Bundeshaushalt eher stiefmütterlich behandelt wurde. Sprachkurse gehören natürlich auch dazu. Klar ist, dass der erste Arbeitsmarkt nicht alles können wird. Die Qualifizierung muss vor allem bei den Beschäftigten ansetzen, die erst einmal keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Wir haben als Gewerkschaften Vorschläge, wie man außerhalb des ersten Arbeitsmarktes sozialversicherungspflichtige Beschäftigung generieren kann. Solche Programme muss man nicht neu erfinden, sondern nun endlich aufgreifen.

Menschen ohne Ausbildung muss man eine vernünftige Erstausbildung ermöglichen. Das ist die einzige Chance für eine längerfristige Integration in den Arbeitsmarkt. Es gibt schließlich genug Unternehmer, die Auszubildende brauchen. Im Handwerk gibt es erfreulicherweise Betriebe, die das verstanden haben und die Zuwanderung als Chance begreifen. Den Mindestlohn zu senken, wie manche

nun fordern, ist der völlig falsche Weg. Er muss zügig in allen Bereichen umgesetzt und nach oben angepasst werden. Ein Stundelohn von 8.50 Euro ist zu niedrig und schützt nicht vor Armut. Die Einführung des Mindestlohns hat nachweislich keine Arbeitsplätze gekostet. Außerdem müssen Schwarzarbeit und sittenwidrige Löhne stärker bekämpft werden. Wirksame Kontrollen hätten längst Abhilfe schaffen können. Das sind keine Kavaliersdelikte, sondern Straftaten. Die Gewerkschaften wünschen sich hier durchaus mehr Druck von staatlicher Seite. Eins ist für uns Gewerkschafter klar: Wir treten allen Rassisten entgegen die unsere ausländischen Die Kolleginnen und Kollegen für eine verfehlte Wirtschaftspolitik verantwortlich machen wollen. Ich habe noch keinen Flüchtling erlebt, der in Deutschland Betriebe geschlossen hat. Es sind keine Steuerbetrüger darunter wie Uli Hoeneß, der die BRD um 30 Millionen Euro Steuern betrogen hat.

Wir verurteilen aufs schärfste, dass im letzten Jahr 30 Angriffe auf Flüchtlingsheime allein in Rheinland Pfalz stattfanden. Zum Glück ist bisher kein Mensch umgekommen. Dass Menschen aus Afrika fliehen, liegt vor allem an der Handelspolitik der EU und der Ausbeutungspolitik europäischer Konzerne dort. Deutsche Rüstungskonzerne verdienen an den lokalen Kriegen und die Bundesregierung genehmigt die Exporte in reaktionäre Staaten wie Saudi Arabien. EU Fischfangflotten plündern den Meeresboden vor Westafrika ebenso wie die Gewässer am Horn von Afrika, EU-Lebensmittelkonzerne beuten die wenigen unverseuchten Wasserquellen des Kontinents aus. Europas Fleischindustrie treibt mit ihren Billigexporten Afrikas Bauern in den Ruin. Und die EU sorgt mit ihren diversen Handelsabkommen dafür, dass diese Ausplünderung ganz legal geschieht. Wenn sich Länder wie Kenia weigern, die Knebelverträge aus Brüssel zu unterschreiben, werden sie mit Einfuhrzöllen abgestraft. Vor den Folgen dieser EU Politik fliehen viele Afrikaner nach Europa und füllen mit ihren monatlichen Überweisungen indirekt die Kassen afrikanischer

Diktatoren. Deshalb ist die Politik der EU gegenüber Afrika purer Zynismus.

Die internationale Solidarität muss stärker werden.

Am 1. Mai 2009 war ich Teilnehmer einer deutschen Delegation in Istanbul und traf dort die unter starkem Druck arbeitenden Gewerkschafter der sozialistischen DISK. Allein schon unsere Präsenz hinderte die Behörden und die Polizei daran wie sonst mit Brachialgewalt gegen die Maidemonstration vorzugehen. Ja, mit unserer Unterstützung gelang es sogar, ein seit 22 Jahren bestehendes Tabu zu durchbrechen: Die Beschäftigten durften sich wieder auf dem Taksim-Platz zusammenfinden. Das war seit der blutigen Niederschlagung der 1.- Mai-Demonstrationen 1977 streng verboten. Für die türkischen und kurdischen Kolleginnen und Kollegen war es eine Genugtuung.

Solche Gesten der Solidarität müssen wieder zu einer Selbstverständlichkeit gewerkschaftlicher Arbeit in Deutschland werden. Das ist ein Anfang, der dort wie hier Mut macht. Aber dabei dürfen wir nicht stehen bleiben. Eine globalisierte Welt braucht international orientierte Gewerkschaften als Voraussetzung für eine generelle Veränderung des weltweiten wie nationalen Kräfteverhältnisses zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmern. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass die Beschäftigten eines Landes gegen die eines anderen Landes ausgespielt werden, dass deutsche Konzerne hier mit blumigen Sozialkodizes werben, aber in anderen Staaten die Menschenrechte mit Füßen treten, dass Kriege weiterhin hoffähig bleiben um Rohstoffe und Energie für die hiesigen Unternehmen zu sichern. Wir dürfen wie Eugen Loderer sagte, keinen Frieden mit dem Kapitalismus machen, weil dieses Wirtschaftssystem auch keinen Frieden mit den Beschäftigten macht. Wir brauchen eine Demokratisierung der Wirtschaft wie der Gesellschaft.

Volle Solidarität Peru Orhan Akma Verdi

Deshalb wird in den nächsten Jahren die Auseinandersetzungen mit der AFD, der NPD und anderen rechten Gruppen eine Pflicht für uns als Gewerkschafter sein.

Die Landtagswahl in Rheinland Pfalz war für viele ein Schock. Das einzige Positive war, dass die ehemalige Weinkönigin Julia Klöckner die Wahl verlor. Mit ihren ins rechte Lager schielenden Kampagnen wie dem Burka -Verbot oder dem Integrationspflichtgesetz mit Sanktionsdrohungen stärkte sie die AFD. Es war das Flüchtlingsthema, mit dem die AFD einen beachtlichen Teil der Wählerstimmen hinter sich sammeln konnte.

Aber auch von der Agendapolitik und sozialem Abstieg betroffene und bedrohte Menschen wählten sie. An zweiter Stelle der Gründe zur Wahl der AFD nannten ihre Wähler ein erhofftes Mehr an sozialer Gerechtigkeit. Das zeigt, dass im Kampf gegen die AFD richtigerweise ihre reaktionären bis rassistischen Tendenzen benannt wurden, nicht aber ausreichend ihr neoliberaler und unsozialer Charakter. Die AFD ist gegen den Mindestlohn, für Hartz IV- Sanktionen, für Privatisierung der Sozialversicherung, für Kita-Gebühren. Dieser geplanten Politik der AFD müssen wir entschieden entgegen treten in der Tradition der Gewerkschaftskollegen, die im April 1945 nach ihrer Befreiung aus dem Konzentrationslager Buchenwald schrieben: "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg."

Bei allen Aufgaben, die vor uns liegen, darf uns nicht bange werden.

Meine Gewerkschaft NGG wurde im letzten Jahr 150 Jahre alt. Unsere Urgroßväter und -mütter haben oft unter viel schwierigeren Bedingungen gekämpft und gewonnen.

Es lebe der 1. Mai weltweit.

Hoch die Internationale Solidarität!